

Vermeintliche „Sicherheit“

dient der Polizei als Rechtfertigung für immer mehr Bewaffnung, Befugnisse und Überwachung. Um die gesellschaftliche Akzeptanz dafür zu erhöhen, werden oft bestimmte Orte oder Personen pauschal als „gefährlich“ markiert. Dadurch wird versucht zu vermitteln, dass alle wieder „sicher“ seien, wenn vermehrt kontrolliert und bestraft wird. Ein Mittel dafür ist die Einrichtung von „gefährlichen Orten“ oder „Waffenverbotszonen“. Dort ist es ausnahmsweise möglich verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen.

Racial und klassistisches profiling

gehören zum Polizei-Alltag. Denn von solchen verdachtsunabhängigen Kontrollen sind hauptsächlich Menschen betroffen, die für die Polizei „ausländisch“ aussehen. Vom Aussehen schließt die Polizei darauf, dass von diesen öfter Straftaten begangen würden oder sie keinen Aufenthaltstitel hätten. Dies nennt man *racial profiling*. Gerechtfertigt wird es mit vermeintlichem polizeilichen „Wissen“. Tatsächlich ist es verinnerlichter Rassismus. Auch werden Menschen öfter kontrolliert, die arm oder prekär gelesen werden. Auch ihnen wird unterstellt, sie würden häufiger klauen oder Drogen konsumieren. Das nennt sich *Klassismus*.

Solche Kontrollen verstoßen gegen das Diskriminierungsverbot und den Gleichheitsgrundsatz. Sie verstärken gesellschaftliche Stigmatisierung und sind eine Form struktureller Gewalt.

Rechtswidriges Verhalten der Polizei zu benennen ist notwendig, reicht allerdings nicht aus. Wir müssen jede Form von Diskriminierung in unserem direkten Umfeld und in der gesamten Gesellschaft bekämpfen. Dazu braucht es eine grundsätzliche Kritik an der Institution Polizei - und konkrete Intervention.

CopWatch

arbeitet an drei verschiedenen Bezugspunkten: Wir möchten eine Anlaufstelle für Betroffene in unseren Städten bieten. Wir *dokumentieren* Fälle von diskriminierenden Kontrollen in Leipzig - dazu können uns Erfahrungen per Mail geschickt werden - selbstverständlich alles vertraulich. Niemand sollte mit diesen Erfahrungen allein gelassen werden. Es ist wichtig, sich gegen den unerträglichen Normalzustand zu organisieren!

Zweitens wollen wir *Empowerment* und das *Engagement* von Unterstützer*innen fördern. Dazu gehört sowohl politische Bildung, als auch das Wissen um die eigenen Rechte und die Grenzen der polizeilichen Befugnisse.

Und drittens bauen wir durch *zivilgesellschaftliche Kontrolle* Druck auf die Polizei auf. Dies verknüpfen wir mit einer Kritik an ihrer repressiven Funktion im Kapitalismus.

FÜR EINE SOLIDARISCHE
NACHBARSCHAFT:

**GEMEINSAM GEGEN
DISKRIMINIERENDE
POLIZEIKONTROLLEN**

BLOG

copwatchleipzig.home.blog

KONTAKT

copwatchleipzig@riseup.net

TWITTER

[@copwatch_le](https://twitter.com/copwatch_le)

Als Teil eines emanzipatorischen Kampfes gegen Diskriminierung, Repression und die Gewalt der Polizei kannst Du in eine Polizeikontrolle einschreiten, oder diese mit etwas Abstand kritisch begleiten und dokumentieren.

WIE INTERVENIEREN?

Eine Intervention zeigt konkrete Solidarität mit Betroffenen. Und sie symbolisiert den Polizeibeamt*innen, dass es eine kritische Öffentlichkeit gibt und dass sie nicht unbeobachtet machen können, was sie wollen. Bring Dich dabei nicht selbst in Gefahr und werde nicht körperlich oder beleidigend. Bevormunde die betroffene Person nicht und *höre darauf, was sie möchte*. Es geht nicht um das kriminalisierte Verhalten, sondern darum, ob die Handlung der Polizei rechtmäßig ist.

> 1. Beobachtung

Verschaffe Dir zunächst Überblick über die Situation. Was ist passiert? Wer wird kontrolliert? Wie ist die Stimmung der Kontrolle? Dazu kannst Du umherstehende Personen ansprechen. Symbolisiere der*dem Betroffenen und der Polizei, dass Du aktiver Teil des Geschehens werden möchtest.

> 2. Kontaktaufnahme zur betroffenen Person

Biete der*dem Betroffenen Deine Unterstützung an. Hat die Person Sprachprobleme und benötigt eine Übersetzung? Soll jemand informiert werden, falls die Person mitgenommen wird?

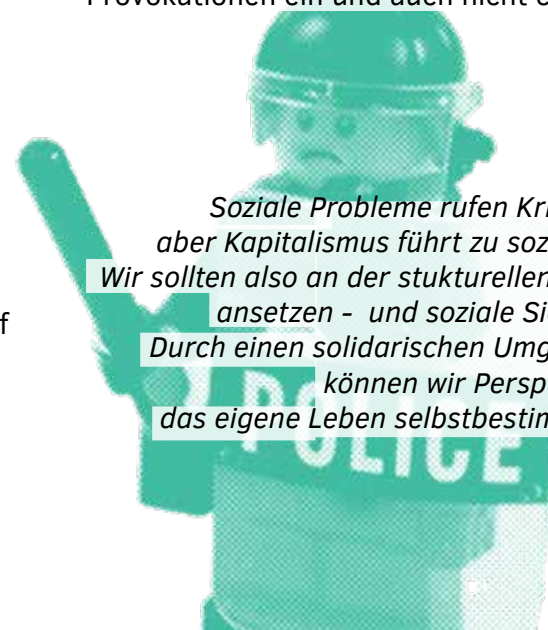
Einen Beistand zu haben, ist ein Recht aus § 14 Absatz 4 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG). **Jede Person kann Beistand werden.** **Frage dazu »Soll ich dein Beistand sein?«.** Ein einfach »Ja« als Antwort reicht aus. Die Polizei darf Dich dann nicht wegschicken. Alles, was Du sagst, gilt als von der*dem Betroffenen vorgetragen, wenn diese*r nicht sofort widerspricht.

> 3. Aufmerksamwerden der Polizei

Frage nach der Rechtsgrundlage und dem Verdacht für die Kontrolle. Anknüpfungspunkt für eine Kontrolle muss immer das Verhalten einer Person sein, nicht ihr Aussehen. **Weise die Polizei auf das Verbot von diskriminierenden Kontrollen hin.** Sollte sie keine Rechtsgrundlage oder einen Verdacht nennen können, oder geben sie als Anlass das Aussehen der Person an, ist die Kontrolle rechtswidrig. Du kannst die Polizei auffordern, die Kontrolle abubrechen und alle erhobenen Daten zu löschen.

Es ist nirgendwo geregelt, dass Du Dich als Beistand ausweisen musst. Dies wäre nur der Fall, wenn du Zeug*in einer Straftat werden solltest. Dann ist nur das verpflichtend anzugeben, was auf Deinem Personalausweis steht. Rechtlich belangen können sie Dich für das Beistandsein nicht.

Oft begegnen die Beamt*innen uns Unterstützer*innen repressiv, weil sie sich die Beobachtung nicht gefallen lassen wollen. Doch das haben sie in einer Demokratie auszuhalten. Lass Dich nicht auf Provokationen ein und auch nicht einschüchtern!



Soziale Probleme rufen Kriminalität hervor, aber Kapitalismus führt zu sozialen Problemen. Wir sollten also an der strukturellen Ungerechtigkeit ansetzen - und soziale Sicherheit stärken! Durch einen solidarischen Umgang miteinander können wir Perspektiven schaffen, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten.

> 4. Beistehen

Beim Begleiten der Kontrolle kannst Du Beweisfotos und Videos machen. Das ist nicht verboten, solange Du keine Portraitaufnahmen einzelner Polizist*innen machst. Aber Vorsicht: Womöglich wird dies als Provokation wahrgenommen. Es kann passieren, dass Deine Kamera unter einem Vorwand beschlagnahmt wird, um die Dokumentation zu unterdrücken. Das ist zwar rechtlich unzulässig, hindert die Polizei aber nicht unbedingt. Überlege daher gut, ob der Polizei mit deinem Smartphone evtl. Daten zufallen, die Dich oder andere gefährden.

Sammle Daten von Zeug*innen und protokolliere den Verlauf. Aufmerksamkeit auf die Kontrolle zu ziehen übt Druck auf Polizist*innen aus, rechtmäßig zu handeln. Insbesondere, um Polizeigewalt zu verhindern. Jedoch kann mehr Aufmerksamkeit auch unangenehm für die kontrollierte Person sein.

Auf Verlangen haben die Beamt*innen ihren Dienstausweis vorzuzeigen, siehe § 11 Sächsischen Polizeigesetz (SächsPVDG).

> 5. Nachbereiten

Du brauchst kein schlechtes Gewissen zu haben, falls die Kontrolle oder Ingewahrsamnahme nicht abgewendet werden konnte. Unterstützung kommt vor allem durch das kritische Begleiten und die Solidarität.

Tausche Kontaktdaten mit der kontrollierten Person aus und empfehle ihr, sich bei uns zu melden.

Schreib uns gerne eine (am liebsten verschlüsselte) Mail mit einem Gedächtnisprotokoll - siehe Kontakt auf der Rückseite. Nenne ausschließlich polizeiliches Verhalten und nichts, was Dich oder die betroffene Person belasten könnte.